

Helvetische Bank  
Die Bank für Unternehmer

Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich  
Tel. 044 204 56 00  
www.helvetischebank.ch

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<b>Eidgenössische Politik</b> <i>Anncy kann überall passieren</i> von Reinhard Wegelin Seite 2	<b>Kanton Zürich</b> <i>Zürcher Blindflug bei der Energiestrategie 2022</i> von Ueli Pfister Seite 3	<b>Aktuell</b> <i>Unschuldengel</i> Walter Kielholz von Christoph Blocher Seite 4–5	<b>Parlamentsgemeinden</b> <i>Gemeinderat macht blau am Frauenstreiktag</i> von Reto Brüesch Seite 6	<b>Veranstaltungs-Tipp</b> <i>Sessionsapéro mit Barbara Steinemann in Urdorf</i> Seite 8
---	---	---	---	--

ABSTIMMUNG VOM 18. JUNI 2023

## Stromfresser-Gesetz braucht jede NEIN-Stimme aus dem Kanton Zürich

Kommenden Sonntag stimmen wir über drei eidgenössische Vorlagen ab. Nur die OECD-Abstimmung scheint nach unseren Wünschen zu laufen, die beiden anderen Begehren zeigen gemäss Umfrage noch das falsche Resultat.

www.stromfresser-gesetz-nein.ch

Plakat gegen das Stromfressergesetz.

Bild: ZVG

Wir stehen vor dem ersten eidgenössischen Abstimmungssonntag in diesem Jahr. Kantonale Vorlagen sind keine auf der Agenda, einige gewichtige Entscheide sind unter anderem in den grossen Zürcher Städten Zürich und Winterthur auf dem Programm. So in der Stadt Zürich über einen Mindestlohn, den die Stadtzürcher SVP neben dem Wohnraumfonds und dem Kredit für die Schulanlage Saatlen bekämpft.

In Winterthur kommt es zur mit Spannung erwarteten Stadtratswahl, bei welcher die bisher rotgrün regierte

Stadt neu mit bürgerlicher Mehrheit geführt werden könnte.

Gemäss Urteil der Medien scheinen die Abstimmungen auf eidgenössischer Ebene bereits entschieden oder kaum noch zu kippen. Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass es auch zu unerwarteten Ergebnissen kommen kann. Dies wäre insbesondere bei der Abstimmung zum Klima- und Innovationsgesetz, dem eigentlichen Stromfresser-Gesetz, durchaus möglich. Damit dies eintreffen wird, braucht es jetzt jede NEIN-Stimme, die noch nicht bereits in den Abstimmungsbüros eingegangen ist. Ein kurzer Überblick über die Vorlagen und die aktuellen Tendenzen und Umfragewerte.

### Stromfresser-Gesetz

Die neusten Umfragen zeigen leider die falsche Richtung. Konnte der NEIN-

Stimmenanteil von der ersten zur zweiten Umfrage leicht zulegen und von 38 Prozent auf 43 Prozent gesteigert werden, verharrt dieser nun auf gleichbleibendem Niveau. Damit die Umfrage Lüge gestraft werden kann, braucht es nochmals eine letzte Mobilisierung aller Gegner dieses unsäglichen Gesetzes. Nur mit jeder zusätzlichen NEIN-Stimme ist ein Erfolg zu erreichen.

Die SVP kämpft für unsere Freiheit, unsere Selbstbestimmung und gegen neue und weitere Verbote. Leider hat ein zu grosser Teil der Bevölkerung nicht erkannt, welche schwerwiegenden Konsequenzen uns bei einer Annahme drohen. Vergangenen Winter sind wir glimpflich davongekommen, aber was passiert, wenn der nächste Winter deutlich härter und kälter wird? Und wer kann sich die immer weiter ansteigenden Kosten noch leisten (Lebensmittel, Energie, Krankenkasse)? Wollen wir immer mehr bezahlen: NEIN!

### Covid-Gesetz

Es ist leider anzunehmen, dass die Verlängerung des Covid-Gesetzes von der Stimmbevölkerung angenommen wird. Von Umfrage zu Umfrage legen die Befürworter der Vorlage zu. Haben anfangs 52 Prozent mit Ja gestimmt, waren es bei der letzten Umfrage bereits komfortable 62 Prozent. Aber auch hier ist jede NEIN-Stimme von Ihnen wichtig, damit der Druck auf Bundesbern für eine allfällige weitere Verlängerung hochgehalten werden kann.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

## Volksabstimmung vom 18. Juni 2023

Eidgenössische Vorlagen

1. Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2022 über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen)	JA
2. Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)	NEIN
3. Änderung vom 16. Dezember 2022 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)	NEIN

Vorlagen Stadt Zürich

1. Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben» (Parlamentsreferendum)	NEIN
2. Wohnraumfonds, Objektkredit von 100 Millionen Franken und Rahmenkredit von 200 Millionen Franken	NEIN
3. Wohnraumfonds, Änderung der Gemeindeordnung	NEIN
4. Betriebsbeiträge Pestalozzi-Bibliothek Zürich	JA
5. Schulanlage Saatlen, Ausgaben von 231 Millionen Franken	NEIN

### OECD-Abstimmung

Die Abstimmungsumfragen zeigen ein deutliches Bild, welches auch der Haltung der SVP entspricht. Zwar ist die Tendenz der Zustimmung zu dieser Unternehmenssteuergewinn-Vorlage leicht rückläufig. Aber sie verfügt noch über eine deutliche JA-Tendenz von über 70 Prozent. Hier müsste schon vieles speziell verlaufen, damit diese Abstimmung nicht angenommen wird. So können die Unternehmenssteuern zumindest

in der Schweiz gehalten werden, statt von anderen Staaten vereinnahmt zu werden.

Die SVP wünscht Ihnen einen spannenden Abstimmungssonntag mit dem erhofften NEIN zum Klima- und Covid-Gesetz sowie der Zustimmung zur OECD-Abstimmung. Wir werden in der nächsten Ausgabe die Ergebnisse noch vertieft beleuchten. Unser Parteipräsident wird die Abstimmungsergebnisse einordnen.

**Marco Calzimiglia**  
Parteisekretär  
SVP Kanton Zürich

**Buurezmorge**  
Öffentlicher Anlass mit Anmeldung  
Sonntag, 2. Juli 2023, ab 10.00 Uhr  
Bauernhof Buenstr. 11, Dübendorf  
Fr. 35.– pro Person

Gastreferent: **NR Gregor Rutz**  
Ständeratskandidat

**KR Patrick Walder**  
Nationalratskandidat

Anmeldung bis 18. Juni 2023:  
www.svp-duebendorf.ch/brunch oder veranstaltungen@svp-duebendorf.ch

Jetzt unserem WhatsApp-Chat beitreten und nichts mehr in Bezug auf die Wahlen verpassen!

Infokanal SVP Kt. ZH SR/NR-Wahlen 23  
WhatsApp-Gruppe

Scanne diesen QR-Code mit der Kamera in WhatsApp oder lade ihn hoch, um dieser Gruppe beizutreten.

**Sessionsapéro**

Barbara Steinemann Nationalrätin  
André Bender Kantonsrat

Samstag, 17. Juni um 09.30 Uhr  
im Ortsmuseum Urdorf

Aktuelle Berichte aus National- und Kantonsrat, direkt und ungefiltert.  
Der Anlass ist öffentlich.

www.svp-bezirk-dietikon.ch



Christoph Mörgeli

## Heiteres Personenkarussell

Die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur Übernahme der Credit Suisse durch die UBS ist beschlossene Sache. Doch welche wichtigen Politiker aus welchen wichtigen Gründen sollen in diesem wichtigen Gremium einsitzen? Ganz besonders auf dem federnden Bundesrats-Sprungbrett des PUK-Präsidenten? Und schon wird aus einer ersten Staatsaffäre ein heiteres Personenkarussell. Denn es gibt Interessenkonflikte ohne Ende. Daniel Fässler (Mitte) kommt nicht infrage, weil er als Anwalt der einst für die CS gearbeitet hat. Roger Nordmann (SP) würde als Hardcore-Linker die Banken offensichtlich fesseln und knebeln. Ein SVP-Vertreter ist unerwünscht, gilt doch die Untersuchung auch dem früheren Finanzminister Ueli Maurer. Darum sei das Amt auch einem Freisinnigen zu verwehren, denn die PUK nimmt ebenso Karin Keller-Sutter unter die Lupe. Beat Walti ist raus, denn er sitzt mit Rainer E. Gut, Walter Kielholz und Urs Rohner im Rotary Club Zürich 1. Hans-Peter Portmann arbeitet bei der Liechtensteinischen LGT, die Geschäftsbeziehungen zur CS pflegt. Céline Amdruz wirkt für die UBS und stammt aus der Calvin-Stadt Genf, wo das Bankwesen erfunden wurde. Der dortige Ständerat Carlo Sommaruga scheidet ohnehin aus, denn die Initialen seines Vor- und Nachnamens lauten «CS».

Vergessen wir den umtriebigen Ständerat Benedikt Würth, denn er ist wie Karin Keller-Sutter ein St. Galler Katholik. Nadja Pieren braucht sich gar nicht zu melden, denn ihr Heimatort ist Adelboden – genau wie beim zu überprüfenden Alt Bundesrat Ueli Maurer. Die Freiburger Mitte-Ständerätin Isabelle Chassot kann noch so behaupten, es brauche jetzt eine Frau im PUK-Präsidium. Dummerweise ist Finanzministerin Keller-Sutter auch eine Frau, was die Freiburgerin automatisch ausschliesst. Unmöglich, dass der Grünliberale Roland Fischer Ueli Maurer kontrolliert, denn beides sind bekennende Männer. Einen Ausweg bietet einzig eine Abwandlung der berühmten Aussage des scheidenden Magistraten Maurer: «Es ist egal, wer PUK-Präsident ist, solange es ein «Es» ist.»

## Dritte Woche der Sommersession 2023

Oje, wiederum gab es einen Frauenstreik. Feministinnen konnte man an deren violetten Kleidern erkennen. Fragen an den Bundesrat werden teils schwammig, teils aufschlussreich beantwortet. Die Armeebotschaft brachte die Einstellung von Linksgrün ans Licht.

Therese Schläpfer  
Nationalrätin SVP  
Hagenbuch

Nach dem Ausbruch des Ukrainekrieges standen alle Parteien hinter einer starken Schweizer Verteidigungsarmee. Nun lehnten aber die SP, die Grünen und die GLP das Eintreten auf die Armeebotschaft sowie den Zahlungsrahmen der Armee 2021–2024 ab. Der Ausserdienststellung von 25 Leopard-87-Panzern wurde zu unserem Leidwesen zugestimmt. Alle anderen Punkte wurden im Sinne der bürgerlichen Mehrheit angenommen.

### Vorläufig Aufgenommene werden eingebürgert

In der ersten und zweiten Woche können jeweils Fragen an den Bundesrat gestellt werden und diese werden in der darauffolgenden Woche beantwortet. Die Antworten sind meistens schwammig bis nichtssagend, die folgende ist erschreckend. Martina Bircher fragte, wie viele Personen in den letzten 20 Jahren vorläufig aufgenommen (Status F Ausländer) wurden? Wie viele davon heute eine Aufenthaltsbewilligung (B), eine Niederlassungsbewilligung (C) haben oder gar eingebürgert wurden? Bei wie vielen wurde die vorläufige Aufnahme entzogen und sie mussten die Schweiz

verlassen? Die Antwort des Bundesrates lautete: Von 2003 bis 2022 wurden rund 100 690 Personen vorläufig aufgenommen. Von diesen Personen haben per Ende Mai 2023 31% eine Aufenthaltsbewilligung (B), 5% eine Niederlassungsbewilligung (C) und 7% wurden eingebürgert. 41% befinden sich noch im Personenbestand des Asylbereichs und 16% sind nicht mehr in den entsprechenden Register-Beständen von ZEMIS aufgeführt, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sie nicht mehr in der Schweiz sind. Bei diesen rund 16 000 Personen wurde in rund 800 Fällen die vorläufige Aufnahme entzogen.

Vorläufig aufgenommene Personen sind jene Asylbewerber, welche kein Anrecht auf den Flüchtlingsstatus haben, jedoch nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschafft werden können, weil die Herkunftsländer sie nicht zurückhaben wollen oder die Sicherheitslage dies nicht zulässt. Es sind Personen, welche nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen und kein Anrecht auf einen Aufenthalt hier haben. Nun wurden über 7000 von ihnen bereits eingebürgert! Ausser den 800 sind wahrscheinlich die meisten der etwa 80 000 Abgewiesenen auf dem besten Weg zu einem Schweizer Pass. Dass die Medien diese Tatsache verschweigen, ist bedauerlich, aber nicht erstaunlich. Das könnte ja der SVP noch Stimmen bringen und das wollen sie tunlichst vermeiden.

Die Motion der Aussenpolitischen Kommission «Unterstützungsprogramm für die Ukraine: Rechtsgrundlage und fünf Milliarden Franken für humanitäre Hilfe, Schutz der Zivilbevölkerung, Friedensförderung und Wiederaufbau» wurde vom Parlament abgelehnt. Die Linken, Grünen und Grünlinken (GLP) wussten zwar nicht, woher das Geld kommen sollte. Sie stellten in Aussicht, dass das Geld von «ausserordentlichen Einnahmen» kommen könnte. Bei diesem Geschäft wurde davon ausgegangen, dass die Ukraine den Krieg gewinnt. Die Überlegung, dass Russland gewinnen könnte, hat niemand gemacht. Hätte die Schweiz dann die 5 Milliarden an Putin geschickt?

### Weitere Ausgaben für die Neue Regionalpolitik (NRP) und die Klimapolitik

Bisher konnte der Bund im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) nur zinsgünstige oder zinslose Darlehen für die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben gewähren. Im Hinblick auf das nächste NRP-Mehrjahresprogramm (2024–2031) sollen neu kleine Infrastrukturvorhaben in beschränktem Ausmass auch mit A-fonds-perdu-Beiträgen unterstützt werden können. Im Rahmen der Pilotmassnahmen in diesem Programm für die Berggebiete wird dieser Ansatz seit 2020 in 16 Kantonen erfolgreich getestet. Mit NRP-Bundsmitteln bis zu maximal 50 000 Franken pro Vorhaben und zusätzlichen kan-

tonalen Beiträgen mobilisiert die neue Massnahme auch neue Akteure, die ihre wirtschaftlich relevanten Ideen mangels Startunterstützung bisher nicht realisieren konnten. Es wird mit einem Volumen von 1,5 Millionen Franken Bundesausgaben gerechnet. In Anbetracht der letzte Woche diskutierten Milliardenausgaben schien wohl der Mehrheit die Ausgaben im Millionenbereich zu klein, um abgelehnt zu werden. Nur einzelne ausgabenbewusste Parlamentarier stimmten mit unserer Fraktion für eine Ablehnung.

Beim Nachtrag für den Voranschlag 2023 ging es um die Betriebsausgaben der Bundesasylzentren – genauer gesagt um die Hälfte des ursprünglich vorgesehenen Betrages von 65 Millionen für die Containerdörfer für Asylbewerber. Mit zwei Stimmen gewannen die Befürworter. Nach der Einigungskonferenz beider Räte geht nun das Geschäft nochmals in den Ständerat.

Postulate rufen meistens nach Studien oder Berichten. Eines davon fordert einen Ergänzungsbericht zur ausenwirtschaftlichen Strategie, welcher die wirtschaftspolitischen Auswirkungen des US-Inflation Reduction Acts und des europäischen Industriepans für den grünen Deal analysiert. Der Bericht soll zudem die positiven und negativen Auswirkungen aufzeigen und strategische Antworten zur Schweizer Klimapolitik liefern. Das Postulat, welches ganz bestimmt hohe Kosten, aber zweifelhaftes Auswirkungen nach sich ziehen wird, wurde nur von uns abgelehnt. Die anderen bürgerlichen Parteien erhoffen sich mit einer Zustimmung wohl Stimmen im Wahlkampf.

## STROMFRESSER-GESETZ

### Das Klimareferendum ist nicht lustig

Ein satirischer Rückblick aus dem Jahr 2050 auf die Schweizerische Klimasolidaritätsgenossenschaft (ehemals «Schweizerische Eidgenossenschaft»).

York-Peter Meyer  
Finanzexperte  
SVP Küssnacht

**2050: In der Zukunft angekommen**  
Stellen Sie sich vor, wir befinden uns im Jahr 2050. Es herrscht Freude in der Schweiz. Das am 18. Juni 2023 angenommene Klimagesetz konnte fristgerecht umgesetzt werden, wie uns direkt aus einem Flugzeug des Klimadepartements mitgeteilt wurde.

Endlich hat die Schweiz einen CO<sub>2</sub>-Ausstoss von netto null, womit der globale Ausstoss seit 2023 um beachtliche 0,1% gesenkt wurde. Auch verglichen mit den aktuellen globalen Emissionen sind es noch 0,04%, worauf die Schweiz natürlich sehr stolz ist.

### Alle Probleme waren nicht vorhersehbar

Der Weg zu netto null war nicht ganz einfach. Das Klimagesetz von 2023 sah nämlich vor, öffentliche Gelder, die es nicht gab, zu verwenden, um Wärmepumpen, die es nicht gab, von Handwerker, die es nicht gab, in wärmegeämmte Häuser, die es nicht gab, ein-

zubauen. Sie werden seitdem mit Strom, den es nicht gibt, betrieben.

Doch der Stromgeneral (dieses Amt wurde in weiser Voraussicht bereits 2043 eingeführt) wird bald einen Plan ausarbeiten, um das Problem des Strommangels endlich zur allgemeinen Zufriedenheit zu lösen, sofern die Sonne bei ausreichend Wind scheint.

### Wieder wird eine Grossbank gerettet

Im Vorjahr konnte das Kollegium der Bundesrat\*atin (früher sexistisch «der Bundesrat» genannt) erfreulicherweise die letzte Schweizer Bank retten. Die RUNK (Raiffeisen UBS National- und Kantonalbank) wurde trotz grosser Verluste aus Klimahypotheken nach China verkauft. Diese Verluste ergaben sich aus dem Artikel 9 zur klimaverträglichen Ausrichtung der Finanzmittelflüsse des Klimagesetzes von 2023. Schuld war jedoch die Bonuskultur.

Es überraschte natürlich sehr, dass die RUNK trotz ihres ausgezeichneten Nachhaltigkeitsberichts und ihrer Inklusivität in eine finanzielle Schieflage geraten konnte. Die Aufregung legte sich jedoch, als Bundesrätin Dach-Mutter eine Rettung ohne zusätzliche Kosten für den Bundeshaushalt gelang. Das war möglich, weil mit dieser chine-

sischen Transaktion die Schweizer Klima-Aufsichtsbehörde für die Finanzbranche FINMA überflüssig wurde. Ihre Abschaffung führte zu Ersparnissen in Höhe von fast 4% des Bruttoinlandsprodukts, die nun jährlich dem Käufer namens Hunter Xi überwiesen werden. In ihrem Abschiedskommuniqué betonte die FINMA ihre Effizienz, war sie doch kaum grösser als der von ihr beaufsichtigte Finanzsektor.

### Sogar der Tourismus überlebt

Schön, dass nach wie vor ausgewählte Schweizer mit aus Nahrungsmitteln gewonnenem Biotreibstoff nach Übersee fliegen dürfen. Nur auf Stehplätzen, aber dafür fast jedes Jahr; das besagt der Branchenfahrplan für die Luftfahrt. Gemäss Artikel 5 des Klimagesetzes von 2023 hatten die Schweizer Branchen-

verbände solche Fahrpläne mit «Beratung» des Bundes bis 2029 ausgearbeitet. Zum sorgenfreien Urlaub werden die Hotels rund um die Uhr bewacht. So sind die Gäste vor hungrigen Demonstranten, die unbelehrbar auf den Verzehr der als Biotreibstoff verbrannten Nahrungsmittel angewiesen zu sein glauben, gut geschützt.

### Alle sind zufrieden. Wirklich alle?

Nur die unabhängige Forschungsstelle des Klimadepartements (früher «Eidgenössische Technische Hochschule») ist mit den Anstrengungen zum Klimaschutz noch nicht zufrieden. Diese unabhängige Institution forderte erneut Geld für ihr dringend benötigtes siebenundzwanzigstes Klimaforschungszentrum. Man solle endlich der Wissenschaft vertrauen, verlangte der Ehrengewaltene Professor Knutti unter Applaus aller Teilnehmer der Klimakonferenz in Neuseeland.



Werden diese Nahrungsmittel bald als Biotreibstoff verbrannt?

Bild: Wikipedia

## DAS SCHRECKLICHE VERBRECHEN IN ANNECY

### Nicht zurechnungsfähig – dann ist ja alles halb so schlimm

Im französischen Annecy sticht ein syrischer Asylbewerber auf mehrere Menschen ein. Darunter vor allem Kleinkinder. Die Tat – welche inzwischen in ganz Europa passieren kann – wird von vielen politisch Verantwortlichen heruntergespielt mit der Begründung, der Täter sei nicht zurechnungsfähig gewesen.

rw. Ein Video, das sich in den sozialen Medien verbreitet, dokumentiert die abscheuliche Tat, zeigt unmittelbar, wie der Täter ohne jede Hemmung auf

ein Kind in einem Kinderwagen einsticht. Mit einem Messer verletzte er sechs Menschen schwer, darunter vier Kinder. Ein junger katholischer Ruck-

sack-Pilger stellte sich dem Messerangreifer von Annecy in den Weg und verhinderte so weitere Opfer. Er wird in Frankreich als Held gefeiert.

Das Video wurde in den sozialen Medien immer wieder verboten. Warum? Der Bürger soll die Auswirkungen von Politikversagen nicht sehen und dumm bleiben.

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

**Die Wahrheit wird nicht gerne gehört**

Der Aargauer Nationalrat twitterte im Zusammenhang mit dem Verbrechen: «Fachkraft im Einsatz: Messerattacke in Anancy». Und bekam wüste Kommentare. Man hat bisweilen den Eindruck, der in diesem Zusammenhang genannte Begriff «Fachkraft» sei schlimmer als das Verbrechen.

**Eine «sinnlose» Tat?**

Und die Behörden suchen, wie überall in Europa, wenn so etwas Schreckliches passiert, nach dem Motiv. Und es heisst dann politisch korrekt: Eine

«sinnlose» Tat sei nicht auszuschliessen. Und dann? Ändert sich etwas an diesem Verbrechen? Kaum. Ausser dass man dann einfacher sagen kann: Der Täter sei nicht zurechnungsfähig. Das ist ja strafmildernd. Die Polizei stoppte den Täter und nahm ihn fest. Der 31-jährige Mann hat zuvor zehn Jahre in Schweden gelebt, zuletzt als dort anerkannter Asylbewerber. In Frankreich stellte er im November ebenfalls einen Asylantrag, der vor einigen Tagen abgelehnt wurde, weil er diesen Status schon in einem anderen EU-Mitgliedstaat hat.

**Europäisches Migrations-Chaos**

Die unkontrollierte Massenzuwanderung ist schuld an solchen Vorfällen.

Einen Zustrom von Menschen kann niemand mehr beherrschen. Wäre der Täter von Anancy frühzeitig abgeschoben worden, hätte die schreckliche Tat in Frankreich verhindert werden können. Laut französischen Medienberichten hatte Hanoun in Schweden Sozialleistungen im Wert von 4000 Euro erschlichen. Er gab sich unter dem Namen Abdalmasih Hanoun gar als Christ aus. Dies dementierten die Behörden später. Rechtsbrecher werden belohnt, als ob sie als Schutzsuchende «Flüchtlinge» wären.

Auch die Schweiz sollte jetzt endlich syrische Asylbewerber in ihre Heimat zurückschicken und Rechtsbrecher sowieso konsequent abschieben.

**AUS DEM KANTONS RAT**

**Genehmigung der Energiestrategie 2022**

In der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) haben die bürgerlichen Kantonsräte mit einem Minderheitsantrag erreicht, dass die Energiestrategie 2022 an den Regierungsrat zurückgewiesen werden soll. Gefordert wurde unter anderem, dass klar zwischen Zielen, Strategien und konkreten Massnahmen zu unterscheiden sein muss. Im Kantonsrat scheiterte der Rückweisungsantrag knapp mit einer Stimme.



**Christoph Marty**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

**Rotgrüne Träume ohne Hand und Fuss**

Die Energiestrategie 2022 des Regierungsrats ist ein reines Schönwetterprogramm. Im Votum des grünen Regierungsrats Neukomm war denn auch nur vom Ausbau der Photovoltaik mit der Möglichkeit, Windräder dazu zu bauen, die Rede. Damit solle künftig die Versorgungssicherheit auch im Winter sichergestellt werden. Man muss kein Genie sein, um ausrechnen zu können, dass es damit unmöglich sein wird, eine moderne Dienstleistungs- und Industriegesellschaft mit elektrischer Energie in bezahlbarem und vor allem in ausreichendem Umfang zu versorgen.

Natürlich wird es auch massiv teurer werden. Dazu werden wir unsere Umwelt mit ineffizienten Windrädern und Solarpanels verschandeln. Und die Versorgungssicherheit wird den Bach runtergehen, da wir stärker von Importen abhängig sein werden als je zuvor. Wird für die, die genug Geld haben, kein Problem sein, von der unnützen Verhandlung unserer schönen Landschaften mal abgesehen. Für die anderen viel Glück und viel Freude, wenn sie arbeiten gehen müssen, damit sie ihre exorbitanten Energierechnungen zahlen können.

**Die Haltung der SVP**

In der Debatte wies Ulrich Pfister darauf hin, dass zur Erreichung der Transformation hin zu «erneuerbaren» Energiequellen nur der massive Ausbau des Solarstroms aufgeführt wird. Weitere mögliche Energiequellen werden als vernachlässigbar aufgeführt. Die SVP erachtet eine vertiefte Auseinandersetzung mit weiteren Energiequellen aber weiterhin als unabdingbar. Potenziale weiterer Energieträger werden zwar in Prozenten aufgeführt, mit welchen Massnahmen diese Ziele allenfalls erreicht werden können, bleibt aber offen. Solarstrom dominiert. Dennoch wird klar ausgewiesen, dass wir im Winter eine Stromlücke haben werden. Wie diese Stromlücke geschlossen werden könnte, ist nicht ersichtlich. Dass unsere Stromproduktion über das Jahr in etwa ausreicht und dass wir den Überschuss vom Sommer nicht in den Winter retten können, ist allgemein anerkannt. Trotzdem wird der Solarstrom als das alleinige Heilmittel angepriesen. Es wird wohl aufgeführt, dass dies eine Herausforderung sei. Von Auswegen, wie der mit dem heutigen Stand der Technik aber unüberwindbare Widerspruch aufgelöst werden kann, kann der «Strategie» aber nichts entnommen werden. Die Energiestrategie 2050 und die dem Kantonsrat vorgelegte Energiestrategie des Kantons zeigen klar auf, dass wir uns auf sehr schwierige Zeiten zubewegen. Trotzdem wird alles unternommen, um alles zu elektrifizieren, im Wissen, dass uns in naher Zukunft die Grundleistungen der AKW fehlen werden. Die ganze Energiedebatte baut auf das Prin-

zip Hoffnung. Wir wissen nicht wie, aber es kommt sicher gut. Wir schaffen das. In der SVP herrscht die Einsicht vor, dass Hoffnung keine Strategie ist. Darum verlangte die Fraktion eine saubere Ausarbeitung der Energiestrategie, die klar aufzeigen wird, mit welchen konkreten Massnahmen die illusorischen Ziele erreicht werden sollen. Leider scheiterte der Rückweisungsantrag mit einer Stimme Unterschied äusserst knapp.

**Jede Stimme zählt am nächsten Wochenende!**

Am Sonntag, dem 18. Juni, soll der nächste Nagel in den Sarg unserer ehemals umweltfreundlichen, sicheren und preisgünstigen Versorgung mit elektrischer Energie eingeschlagen werden. Falls Sie noch nicht abgestimmt haben, legen Sie darum beim sogenannten «Klimaschutzgesetz» ein entschlossenes NEIN zu dieser Energiekolchase, zu Strommangellagen, zur Landschaftsverchandlung und zu Preisexplosionen ein. Ihre Stimme ist wichtig!



**Eine «Energiestrategie» auf dem Prinzip Hoffnung kann nicht funktionieren.**

Bild: Bing AI

**WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN**

**Damit Traditionen erhalten bleiben**

In den Sommermonaten finden landauf, landab zahlreiche Volksfeste statt. Regionale, kantonale oder gar nationale Feste werden in den verschiedensten Sparten wie Gesangs-, Musik-, Sport- oder Schiessvereinen organisiert. Auch andere Organisationen wie die Freunde alter Maschinen organisieren Treffen und Ausstellungen. Dieses Jahr ist das eidgenössische Jodlerfest in Zug an der Reihe. Im Kanton Zürich steht das alle sechs Jahre stattfindende Kantonaltornfest (KTF) vor der Eröffnung. Grosses entsteht auf Initiative durch engagierte und aktive OK-Mitglieder, die bereit sind, mehr zu leisten und sich freiwillig für etwas «Gutes» einsetzen. Gerade das Beispiel KTF zeigt exemplarisch, dass fast Unglaubliches möglich ist. In einer Gemeinde mit 1000 Einwohnern findet ohne fixe Infrastruktur auf grüner Wiese ein Turnfest mit 14000 Turnerinnen und Turnern statt. Nur dank unzähligen freiwilligen Helfern kön-

nen solche Feste organisiert und die damit verbundenen Traditionen gewahrt bleiben. Ihnen allen gebührt unser Dank und unser Respekt. Ohne sie würde ein Stück Schweiz verloren gehen. Denn Traditionen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie geben uns Sinn für Zusammengehörigkeit und Stabilität. Traditionen können Feste, Bräuche und Rituale sein, die oft auf historischen Ereignissen oder kulturellen Werten beruhen. Traditionen helfen uns auch, unsere Vergangenheit und unsere Herkunft zu verstehen. Mit der Pflege der Traditionen stärken wir unsere Identität als Gemeinschaft.

Die SVP setzt sich für den Erhalt von unseren Traditionen ein. Dazu braucht es aktive Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu übernehmen. Das fängt in der Erziehung an und kann mit der Schul- und Berufsbildung gefördert werden. Nicht för-

derlich ist es, wenn der Staat alles übernehmen und bestimmen will.

Eine wichtige Tradition ist in der Schweiz auch die direkte Demokratie. Durch unsere Stimme haben wir die Möglichkeit, unsere Meinung zu äussern und somit aktiv an Entscheidungen teilzunehmen, die unsere Zukunft und die Gesellschaft betreffen. Deshalb – falls Sie noch nicht abgestimmt haben – überlassen Sie Ihre Stimme nicht den anderen. Füllen Sie die Abstimmungsunterlagen aus und bringen Sie diese auf die Gemeinde oder in die Wahlurne. Denn nur wer stimmt, bestimmt!



**von Martin Hübscher**

**KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG**

**Energiedebatte im Kantonsrat – Blindflug in der Energieversorgung**



**Ueli Pfister**  
Kantonsrat SVP  
Esslingen

Eine Woche vor der Abstimmung zum Stromfressergesetz gingen in der Beratung zur Genehmigung der Energiestrategie und der Kenntnisnahme der Energieplanung 2022 des Kantons Zürich im Kantonsrat die Wogen hoch.

Die Energiestrategie des Kantons Zürich kann durch den Rat nur genehmigt oder zurückgewiesen werden. Aus diesem Grund stellten die SVP, FDP und Die Mitte unter der Federführung der FDP einen Rückweisungsantrag, dass die ganze Strategie durch den Regierungsrat geschärft werden sollte.

In meinem Votum wies ich darauf hin, dass die SVP nicht grundsätzlich gegen die Dekarbonisierung und auch nicht gegen Netto-Null sei. Wir sind uns – im Gegensatz zur Ratslinken – aber einig, dass das eingeschlagene Ziel bis 2050 nicht erreicht werden kann, ohne dass es für die Bevölkerung massive Einschränkungen, Verbote und teure Energie – sofern überhaupt noch vorhanden – bedeutet. So steht in der Energiestrategie, Zitat: «Möglichkeiten des Kantons zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und der Steigerung der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien prüfen, mit dem Schwerpunkt auf Photovoltaik und Win-

terstrom und unter Berücksichtigung der Förderung des Bundes» Wir brauchen keine Erhöhung der Versorgungssicherheit, wir brauchen eine absolute Versorgungssicherheit wie heute von 99,998%! Als Motor der Schweizer Wirtschaft können wir es uns nicht leisten, in Bezug auf die Energieversorgung Experimente zu machen. Es geht nicht, wie in den Medien eine Aussage eines jungen Grünen auf einem Podium zitiert wurde: «Wir können ja arbeiten gehen, wenn wir Strom haben.» Auf unsere Forderung, dass sich der Kanton Zürich auch beim Bund für eine sichere Stromversorgung einsetzen müsse, antwortete der Baudirektor Martin Neukom (Grüne), dass er da ja bei unserem Bundesrat vorstellig werden müsste. «Bundesrat Rösti macht durchaus einen anständigen Job», meinte er. Es wurde nicht negiert, dass die Winterstromlücke unser grosses Problem ist. Diese Lücke müsse mit dem Ausbau der Wasserkraft, wobei hier nicht mehr viel Potenzial vorhanden sei, und mit alpinen Solaranlagen geschlossen werden. Dass weitere Möglichkeiten der Speicherung von überschüssigem Sommerstrom für die Winterlücke nur im Ansatz vorhanden sind, ist allen bekannt, wird aber rigoros ausgeblendet.

Gutgelaunt sitzen wir im Energiewendezug und fahren mit diesem mit Vollgas in die Wand der Strommangellage. Leider wurde unser Minderheitsantrag mit 87:86 Stimmen abgelehnt. Es zeigt sich, dass es in der neuen Legislatur auf unserer Seite keine Vakanz geben darf.

**MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH**

**SVP Kanton Zürich gratuliert Thomas Matter und Alfred Heer zur Nomination in die CS-PUK**

Die SVP Kanton Zürich freut sich über die Nomination der Zürcher SVP-Nationalräte Thomas Matter und Alfred Heer in die Credit-Suisse-PUK und gratuliert ihnen herzlich. Die SVP Kanton Zürich setzt sich für die lückenlose Aufklärung des Untergangs der Credit Suisse ein. Insbesondere muss die Rolle der FINMA aufgearbeitet werden. Alfred Heer und Thomas Matter sind die richtigen Personen dafür.

Der Unternehmer Alfred Heer (geb. 1961) setzt sich seit vielen Jahren gegen Korruption und Steuerverschwendung ein und präsidiert den Bund für Steuerzahler. Als langjähriger Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation ist Nationalrat Alfred Heer zudem hervorragend vorbereitet auf die Durchleuchtung der ehemaligen Credit Suisse. Alfred Heer stellt klar: «Unser Wirtschaftskanton ist auf einen starken Finanzplatz angewiesen. Ich werde alles daransetzen, dass die Schweizer Bevölkerung erfährt, warum es zum CS-Debakel gekommen ist.»

Der Bankunternehmer Thomas Matter (geb. 1966) ist Mitglied der Parteileitung der SVP Schweiz und Zürich

und verantwortlich für die Finanzen. Als Inhaber der Matter Group sowie Mitgründer und Verwaltungsratspräsident der Helvetischen Bank ist ihm die Stärkung der Schweizer Wirtschaft und besonders des KMU-Sektors ein übergeordnetes Anliegen. Im Parlament hat er sich wiederholt für die Reform des Schweizer Finanzsektors eingesetzt. Für Thomas Matter ist die Aufarbeitung des CS-Debakels ein wichtiger Schritt, um mit einem unsäglichem Kapitel der Schweizer Wirtschaftsgeschichte abzuschliessen: «Die Schweizer Banken und die Gesamtwirtschaft müssen wieder zu Schweizer Tugenden zurückfinden, statt jede Mode aus dem Ausland – überrassene Bonis Diversity und ESG – nachzuäffen. Einen zweiten Fall CS müssen wir unbedingt verhindern.»

Auch dem dritten SVP-Vertreter in der PUK, Ständerat Werner Salzmann, gratulieren wir herzlich zur Nominati-

on. Die SVP Kanton Zürich hat volles Vertrauen in die drei SVP-Vertreter, dass sie die Versäumnisse lückenlos und ohne Schonung von Partikularinteressen aufklären werden.

Kantonsrat Zürich

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

**ein nebenamtliches Mitglied für das Baurekursgericht (SVP)**

für die Amtsperiode 2023-2029

Das Baurekursgericht ist ein erstinstanzliches Fachgericht zur Beurteilung bau-, planungs- und umweltrechtlicher Rekurse. Seine Besonderheit liegt darin, dass das nötige Fachwissen von den nebenamtlich tätigen Präsidenten/Präsidentinnen und Mitgliedern eingebracht wird. Zustandwändige Expertisen sind dadurch in aller Regel entbehrlich.

**Anforderungen:**

- Vorrechte Kenntnisse in den Fachbereichen Architektur, Planung, Ingenieurwesen, Umweltwissenschaften
- Vertrautheit mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Verhandlungsgeschick und sicheres Auftreten
- Bereitschaft zur Teilnahme an Sitzungen (Unstabsberatungen), Augenscheinen, Fallbesprechungen etc. und zum Aktenstudium, gesamtstaatlich im Umfang von rund zwei bis drei Tagen pro Woche
- Zeitliche und sirtliche Flexibilität
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Etwa 40-jähriges Lebensalter
- Alter nicht über 65 Jahren

Die Mitglieder des Baurekursgerichts werden durch den Kantonsrat gewählt. Der Sitz wird von der SVP beansprucht. Die Entschädigung der nebenamtlichen Mitglieder richtet sich nach § 51 der Personalverordnung.

Umfassende Informationen zum Baurekursgericht finden sich im Internet unter [www.baurekursgericht.zh.ch](http://www.baurekursgericht.zh.ch). Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der kantonsrätlichen Justizkommission, St. Katr Meyer, Tel. 043 259 20 67.

**Interessiert?**

Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung inklusive: Strategiereisenzug und Wohnsitzbestätigung (nicht älter als drei Monate) bis zum **28. Juni 2023**.

SVP BEZIRK BÜLACH

## Erfahrungsaustausch im Dienst der Bevölkerung

Am 7. Behördentreffen der SVP Bezirk Bülach gab der Ombudsmann Einblick in seine Fälle, und Erfahrungen wurden ausgetauscht. Wer Parteimitglied ist, profitiert vom Netzwerk.



**Matthias Hauser**  
Alt Kantonsrat SVP  
Hüntwangen

In rund 800 Fällen pro Jahr vermittelt die Ombudsstelle zwischen Einwohnern und der Verwaltung von Kanton und Gemeinden. Jürg Trachsel, SVP, leitet sie. Er hat Erfahrungen, welche Behörde helfen kann, das Amt im Dienst der Bevölkerung auszuüben. Die SVP Bezirk Bülach begrüsst Trachsel am diesjährige Behördentreffen, am Samstagmorgen, 3. Juni, in Winkel. Im zweiten Teil des Morgens pflegten die Behördenmitglieder den Austausch zu ihren aktuellen Problemstellungen.

### Verbotene Terrainveränderungen und Schwarzfahren: Vermitteln für 40 Rappen pro Einwohner

Briefe aus Textbausteinen, die niemand versteht, eine grössere Gemeinde, welche Terrainveränderungen von mehr

als zehn Zentimetern verbietet, da eine neue Bauordnung im Köcher ist: Dies sind Beispiele von Verwaltungshandlungen, gegen die sich Betroffene kaum wehren können, bis die Ombudsstelle vermittelt. Selbst wenn eine Sache den Rechtsweg nehmen könnte, wie bei Bauentscheiden: Man soll Einsprache oder Rekurs anmelden, kann aber gleichzeitig ein Sistierungsgesuch für die Fristen zugunsten eines Ombudsverfahrens stellen. Trachsel: «Ich kenne kein Gericht, das eine Vermittlung nicht zulässt, bevor es selbst arbeitet.» Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) kommuniziert: Man steigt nur mit einem gültigen Ticket ein. Die öffentliche Hand ist offenbar nicht widerspruchsfrei, denn manchmal muss man Mehrfahrkarten im Bus abstempeln, man hat so beim Einsteigen kein gültiges Ticket. «Schwarzfahren schützt die Ombudsstelle nicht, wenn man erwircht wird, muss die Gebühr bezahlt werden», sagt Jürg Trachsel. Doch er ist mit dem ZVV immer wieder im Gespräch. «Es soll nach dem Einsteigen die Chance zum Abstempeln gewährt werden.»

40 Rappen pro Einwohner kostet die Ombudsfunktion die Gemeinden, welche sich anschliessen wollen. «Wenn es keine Fälle gibt, halbieren sich die Kosten.» Damit die Ombudsstelle glaubwürdig ist, ist sie der Legislative, also dem Kantonsrat, unterstellt und nicht Teil der Verwaltung. Und sie hat umfassendes Recht auf Akteneinsicht zu ihren Fällen. «Das ist ein Beitrag für das Vertrauen in die Behörden.»

### Personalpool, Jugendarbeit, Lohnentwicklung

Für eineinhalb Stunden diskutierten die Behördenmitglieder in Gruppen nach Ressorts verschiedene aktuelle Themen aus ihrem Alltag und wie Probleme in anderen Gemeinden gelöst werden. Vieles wurde angeschnitten: Jugendarbeit als Mittel gegen Vandalismus, Kindergartenkinder, die kein Deutsch verstehen, ein Personalpool zwischen Gemeinden, der Springerkosten reduziert, Fachkräftemangel, die Rolle von Kanton und Gemeinden für die Lohnentwicklung, Nachwuchsförderung, die hängigen Revisionen der Bau- und Zonenordnungen. Wissen, was in anderen Gemeinden funktioniert hat oder nicht, Ideen und der Kontakt zu Parteimitgliedern, auch Kantons- und Bezirksräten, welche dieselben Fragen bearbeiten und die man jederzeit kontaktieren kann: Das ist Mehrwert, den die SVP bietet. Zum nächsten Behördenmeeting wurde der Apéro am Herbstfest der SVP Bezirk Bülach vom 3. November festgelegt, und der nächste Erfahrungsaustausch findet in einem Jahr statt, voraussichtlich am 1. Juni.



Ombudsmann Jürg Trachsel «in Action». Bild: Heinz Bohli und Matthias Hauser

SVP BONSTETTEN

## Spannendes Podiumsgespräch zu den eidgenössischen Abstimmungen

Eine Woche vor dem Anlass musste Nationalrat Balthasar Glättli den Termin leider absagen. Er sorgte aber selbst für Ersatz und delegierte Kantonsrätin und Grüne-Vize-Präsidentin im Kanton Zürich Selma L'Orange Seigo nach Bonstetten.

Der Schlagabtausch beim Klima und Innovationsgesetz kam sofort in Gang. Was sind Fake News, wollte der Moderator wissen? Wie zu erwarten war, stellten beide Kontrahenten die wichtigsten Argumente aus ihrer Sicht dar. Die grosse Frage des Abends blieb aber unbeantwortet: Mauro Tuena von der SVP ist sehr skeptisch, ob die Forschung uns bis 2050 ein «fossilfreies Leben»

garantieren kann. Frau L'Orange Seigo hingegen ist sehr optimistisch, dass es gelingt, Lösungen zu finden. Ein Votant sagte zum Schluss: «Es gibt nur eine Erde, tragen wir Sorge dazu. Wir haben schon viel Zeit verloren.» Die SVP Schweiz hat an der Delegiertenversammlung die NEIN-Parole beschlossen.

Zur OECD-Mindeststeuer waren sich die Nationalräte Fabian Molina (SP)

und Thomas Matter (SVP) grundsätzlich einig. Es braucht diese Steuer, damit das Geld in der Schweiz bleibt. Auf die Frage, warum er immer noch unzufrieden seien, obwohl jetzt die Grosskonzerne endlich zur Kasse gebeten werden, sagte Fabian Molina: «Es ist eine Schläumeierei, wie das Geld verteilt wird.» Die 75 % für die Kantone und 25 % für den Bund, sei ein No-Go, das Geld komme somit wieder zu den Grossfirmen in den ohnehin finanzstarken Kantonen. Thomas Matter konterte, dass alle Kantone dank dem Finanzausgleich profitieren werden. Die SVP Schweiz hat an der Delegiertenversammlung die JA-Parole beschlossen. Als Dank für ihr Erscheinen durften alle vier Referenten die Bühne als Werbung für ihre Nationalratskandidatur im Herbst nutzen. Einige der über 40 Personen nutzten die Gelegenheit, sich nach dem Anlass mit den Politikern in gemütlicher Runde etwas auszutauschen zu können.



Die Podiumsteilnehmer Thomas Matter, Selma L'Orange Seigo, Fabian Molina und Mauro Tuena (v.l.n.r.). Bild: ZVG

SVP ERLENBACH

## Stimmfreigabe zur Einzelinitiative «Aufhebung öffentlicher Gestaltungsplan Bahnhofstrasse»

Am 8. Juni 2023 fand die Generalversammlung der SVP Erlenbach im Restaurant Rössli statt, erstmals unter Leitung der im Herbst 2022 neu gewählten Parteipräsidentin Jessica Herrmann. Zülig führte sie die Parteimitglieder und Gäste durch die üblichen Traktanden und leitete anschliessend die intensiv geführte Diskussion zu den Themen der bevorstehenden Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2023. Im Zentrum stand die Einzelinitiative «Aufhebung öffentlicher Gestaltungsplan Bahnhofstrasse», welche die Gemüter in Erlenbach erhitzt, auch bei den Mitgliedern der SVP Erlenbach. Mit guten Argumenten wurde sowohl für eine Gutheissung wie für eine Ablehnung der Initiative votiert, sodass die Versammlung – entgegen ihrer Gewohnheit, klar Stellung

zu beziehen – sich auf Stimmfreigabe verständigte. Im Anschluss an die Generalversammlung berichtete Nationalrat Alfred Heer vor zahlreich erschienenem Publikum über die Geschäfte der laufenden Session in Bundesbern und Nationalrat Thomas Matter befasste sich mit der anstehenden Abstimmung vom 18. Juni 2023 über das «Klimaschutzgesetz». Überzeugend legte er dar, dass dieses Gesetz weder den Klimaschutz zu fördern vermag noch zu umfassenden Innovationen anregt und schon gar nicht die Energiesicherheit stärkt, wie es der irreführende Titel des Gesetzes weismachen will, und diese Gesetzesvorlage deshalb abzulehnen ist.

SVP Erlenbach, Vorstand



Politprominenz im Restaurant Rössli. V.l.n.r. Thomas Matter, Jessica Herrmann und Alfred Heer. Bild: ZVG

SVP STADT ZÜRICH 6

## Für die SVP stoppen sogar die Autos

Die SVP Kreis 6 hat am 3. Juni an der Haltestelle Rigiblick sehr erfolgreich Flyer gegen das «Stromfresser-Gesetz» verteilt. Nicht nur die Passanten konn-

ten mit Flyer versorgt werden. Selbst eine Autofahrerin stoppte kurz ihren Wagen und bat aus dem Auto heraus freundlich um mehrere Flyer.



SVP-Vorstand Christiaan Neijzen und GR Walter Anken zeigen grosses Engagement. Bild: ZVG

**So stimmen Sie richtig für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung:**

**Noch mehr bezahlen?**

**NEIN zum Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin!**

**NEIN zu Mehrkosten von 6'600 Franken pro Person/Jahr!**

**NEIN zur Verschandelung der gesamten Schweiz!**

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 18. Juni 2023

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) annehmen?

NEIN

**Stromfresser-Gesetz**

NEIN

Bundesgesetz KIG

Mit einer Spende auf IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y unterstützen Sie unseren Kampf für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Herzlichen Dank für Ihr Engagement. SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern [www.stromfresser-gesetz-nein.ch](http://www.stromfresser-gesetz-nein.ch)

Asyl- und Migrationspolitik im Fokus:  
**Haben wir die Zuwanderung noch unter Kontrolle?**

**Gregor Rutz**  
Nationalrat SVP

**Pascal Schmid**  
Kantonsrat SVP

**Manuel Strupler**  
Nationalrat SVP

Mittwoch, 21. Juni 2023, 19.00 Uhr

Gemeindesaal, Gemeindeplatz 1, 8355 Aadorf

Lernen Sie auch unsere National- und Ständerat Kandidaten persönlich kennen.

Alle sind herzlich willkommen!  
Besonders begrüßen wir auch Nichtmitglieder der SVP.

[svp-thurgau.ch](http://svp-thurgau.ch)

«GREENWASHING» STATT UMWELTSCHUTZ

## Details zum Stromfresser-Gesetz



**Adrian Wegmann**  
Nationalratskandidat SVP  
Oberrieden

Viele lassen sich bei Abstimmungen durch die Kampagnen der einzelnen Lager leiten, aber werden die Gesetze, über die wir abstimmen, denn auch von A-Z durchgelesen?

So findet sich im ersten Artikel bereits das Hauptziel, nämlich die «Verminderung von Treibhausgasemissionen und Anwendung von Negativemissionstechnologien». Was die «Verminderung» betrifft, werden wir in Art. 4 rasch fündig. Da steht nämlich, dass im Sektor Gebäude und Verkehr die Treibhausgasemissionen jeweils um 100 Prozent zu reduzieren sind.

**Aber was sind nun diese «Negativemissionstechnologien»?** Art. 2 des Gesetzes erläutert die Begriffe und beschreibt beispielsweise, dass



**Bau eines Betonfundaments für ein Windrad. Die geplanten Windrad-Fundamente im Kanton Zürich werden etwa 1500 Tonnen wiegen.** Bild: Wikipedia

CO<sub>2</sub> mittels dieser Technologien aus der Atmosphäre entfernt und dauerhaft in Wäldern, Böden etc. gebunden wird.

Wie sollen wir das denn bitte schaffen, wenn wir die Böden noch mehr verbauen und Wälder roden, um Hunderte Windräder und deren Zugangsstrassen zu errichten? Allein das Fundament und die dazugehörige Kranstellfläche für jedes einzelne Windrad versiegeln Naturböden dauerhaft im Umfang von mindestens 2000 Quadrat-

metern, was der Wasserfläche von 1,6 Schwimmbecken (50x25m) entspricht.

Somit müssen wir unter anderem mittels «Kohlenstoffspeicher im Ausland» (Art. 3, Abs. 5) die Rechnung ausgleichen und das ist einfach nur die nächste Form von «Greenwashing».

Besser wäre es für diese Rechenspiele, bei der Ursache von Energieverbrauch und versiegelten Böden anzusetzen, nämlich bei der bald 10-Millionen-Schweiz.

SVP AESCH ZH

## Stamm mit Alphornständchen



**Diego Bonato**  
Alt Kantonsrat SVP  
Aesch ZH

Spannend und abwechslungsreich geriet der Stamm der SVP Aesch ZH Anfang Juni. Als Referenten für die Dorfthemen konnten wir den Gemeindepräsidenten André Guyer (FDP) und für die nationalen Herausforderungen die SVP-Nationalratskandidatin und -Kantonsrätin Romaine Roggenmoser aus Bülach gewinnen. Die Abrechnung des Baus des Aescher Glasfasernetzes geriet mit 1,8 Mio. Franken um 300 000 Franken über Kredit. Diese «Kröte» gab zu Diskussionen Anlass. Sie muss aber wohl

oder übel an der Gemeindeversammlung geschluckt werden. Zum Projekt Turnhalle und MZG ist vorgesehen, dass die SVP Aesch mitbefragt wird. Dies wird begrüsst. Weitere Kröten können so allenfalls vorweg vermieden werden.

Der Höhepunkt des Stammes war aber dann ganz klar die engagierte Rede von Romaine Roggenmoser. Zuwanderung, Landwirtschaft und Sicherheit erhob sie spontan aus dem Teilnehmerkreis als Hauptthemen. Wahrlich anregend und volksnah war ihre damit verbundene Punkteerhebung direkt am Stamm. Richtig gemütlich wurde es, als sie nach ihren flammenden Voten zu einem Ständchen mit ihrem Alphorn ansetzte.

Für ihr tolles Engagement als Nationalratskandidatin wünschen wir Romaine Roggenmoser alles Gute.



**Beindruckendes Alphornspiel. V.l.n.r. Diego Bonato, Romaine Roggenmoser, André Guyer.** Bild: ZVG

SVP STADT ZÜRICH 9

## Erfolgreiche Mitgliederversammlung der SVP Kreispartei Zürich 9



**Lorenz Habicher**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Am Freitag, 2. Juni 2023, konnte die SVP Kreispartei Zürich 9 ihre Generalversammlung im Mercure Hotel Stoller am Albisriederplatz erfolgreich durchführen. Bei herrlichem Sommerwetter fand ein Begrüssungsapéro auf

der Terrasse im Innenhof statt. Anschliessend hielt SVP-Nationalrat und -Ständeratskandidat Gregor Rutz ein Kurzreferat mit erstaunlichen und überraschenden Einblicken in die laufende Session in Bern und stand für Fragen der Mitglieder zur Verfügung.

Der Sektionspräsident, SVP-Kantonsrat Lorenz Habicher, eröffnete danach den offiziellen Teil der GV und führte zügig durch die Traktandenliste. Präsident, Vorstand sowie die Delegierten der SVP Kreispartei Zürich 9 wurden einstimmig für ein weiteres Jahr bestä-

tigt. Die finanzielle Lage der Kreispartei ist auch nach dem Wahljahr 2022 intakt und hat Spielraum zur Durchführung von politischen Aktionen und Anlässen im Hinblick auf die nationalen Wahlen 2023. Der Mitgliederbeitrag der Kreispartei wurde auf Antrag von alt Gemeinderat Urs Weiss somit unverändert belassen.

Nach erfolgreichem Abschluss der Versammlung konnten die Mitglieder der SVP Kreispartei Zürich 9 den vom Hausherrn und alt Kantonsrat Werner Stoller offerierten Imbiss geniessen. Der politische Austausch und rege Diskussionen zu aktuellen Themen fanden in diesem geselligen Rahmen noch bis spät abends statt.



**Der Vorstand der SVP Zürich 9 gemeinsam mit NR Gregor Rutz.** Bild: Werner Hirt

SÜNDEBOCK-POLITIK

## Unschuldengel Kielholz



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Im «Tages-Anzeiger» äusserst sich Walter Kielholz, einer der Hauptverantwortlichen des CS-Debakels, flankiert von einem professionellen persönlichen Berater. Interessant ist seine Verteidigungsstrategie.

Walter Kielholz, seit 1986 bei der CS tätig, 1999 bis 2014 Verwaltungsrat, davon sieben Jahre Präsident, und auch später «Strippenzieher» bis zum Rücktritt als Präsident der Swiss Re 2021. Er will für nichts Verantwortung tragen. Stattdessen macht man jene Leute schlecht, welche die schlechten Nachrichten überbringen, damit man sich nicht mit deren jahrelanger berechtigter Kritik auseinandersetzen muss. Zu denen gehöre selbstverständlich auch ich. Vor allem aber hofft Kielholz, mit seinen Angriffen auf die SVP zu erreichen, dass ihn die Linken in Ruhe lassen.

Selbstverständlich kommt für Kielholz eine Rückzahlung der 150 Millionen, die er für seine mangelhafte Leistung bei der CS und bei der Swiss Re (2009 bis 2021) bezogen hat, nicht infrage. Denn er ist sich keiner Fehler bewusst. Auch nicht wegen der vielen Milliarden, welche die CS unter seiner Verantwortung an Bussen und Entschädigungen zahlen musste.

Schuld sind alle anderen, sogar die steigenden Zinsen, die ja wirklich nicht nur die CS betrafen und die für alle längst voraussehbar waren. Schuld sind die Nationalbank, die FINMA, der Bundesrat – als ob es dessen Aufgabe wäre, eine Bank zu führen. Dazu Oswald Grübel, der Urs Rohner zur CS geholt habe. Und Sergio Ermotti, über dessen Einkommen auch bald gestritten werde.

«Eine moderne Gesellschaft sieht für mich anders aus als Herrn Blochers Ideal», führt Walter Kielholz weiter aus.

Ein Glück für mich, nicht zu dieser «modernen Gesellschaft» von Walter Kielholz zu gehören. Sonst wäre auch in meinem Leben vieles verantwortungslos verlaufen.



**Keine Verantwortung für das CS-Debakel? Bild: Walter Kielholz 2012 am St. Gallen Symposium der Universität St. Gallen.** Bild: Wikipedia

EINLADUNG

Parteiunabhängiges Informationskomitee

www.pikom.ch

Einladung zur Generalversammlung des PIKOM und zum öffentlichen Referat:

«Perspektiven statt Utopien!»

Nationalrat Benjamin Giezendanner, Ständeratskandidat und Unternehmer, Rothrist

Samstag, 24. Juni 2023, ab 12.45 Uhr

Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau

Im Anschluss an die GV und an das Referat offeriert das PIKOM ein Apéro riche. Interessierte und Sympathisanten sind ebenfalls herzlich willkommen.

Werden Sie Mitglied beim Parteiunabhängigen Informationskomitee!

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Strasse, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Tel., E-Mail \_\_\_\_\_

Talon ausschneiden und einsenden an: **PIKOM, 5000 Aarau**  
Fax 031 981 41 61, E-Mail pikom@pikom.ch, www.pikom.ch

Bund der Steuerzahler

www.bds-schweiz.ch

Einladung zur Generalversammlung und zum öffentlichen Referat

Der Bund der Steuerzahler (BDS) lädt seine Mitglieder, sowie Sympathisanten und Interessierte herzlich zur diesjährigen Generalversammlung ein. Im Anschluss an die Versammlung offeriert der BDS allen Teilnehmern ein Apéro.

Mittwoch, 5. Juli 2023, 19.00 Uhr, MZH Stiftung zum Glockenhause (gleich neben dem Hotel Glockenhof), Stihlstrasse 33, 8001 Zürich

Um 20.15 Uhr referiert Nationalrat Alfred Heer, Präsident BDS, zum Thema:

«Ist der Finanzplatz Schweiz am Ende?»

Der Bund der Steuerzahler – im Einsatz für Sie!

Wir sind die unabhängige, gemeinnützige und parteipolitisch neutrale Schutzvereinigung aller Steuerzahler in der Schweiz. Unsere Mitglieder kommen aus allen Kreisen der Bevölkerung. Der BDS ist politisch aktiv und ergreift Initiativen und Referenden zu Ihren Gunsten und setzt sich für eine tiefere Steuer- und Staatsquote ein. Mit Ihrem Engagement als Mitglied des BDS wird haushälterischer mit Steuergeldern umgegangen und die Ausgaben besser kontrolliert.

Der BDS interessiert mich. Bitte senden Sie mir weitere Informationen zu!

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Talon senden an: BDS Schweiz, General-Wille-Str. 12, 8002 Zürich

Werden Sie Mitglied:

www.bds-schweiz.ch

## Fadegrad



von  
Ueli Bamert

## Wissenschaft vom Buffet

Der Linken liebstes Totschlagargument ist bekanntlich «die Wissenschaft»: Wer nicht an die reine Lehre aus den akademischen Elfenbeintürmen glaubt, ist ein rechter Verschwörungstheoretiker und der politischen Debatte nicht würdig. Glaubt man den Linken, herrscht in «der Wissenschaft» ein unumstösslicher Konsens, dass die Welt am Klimawandel untergehen wird, wenn wir nicht sofort aufhören, Öl und Gas zu verbrennen. Glaubt man den Linken, besteht in «der Wissenschaft» kein Zweifel daran, dass Masken, Lockdowns und Impfwang die einzig richtigen Mittel zur Bekämpfung der Corona-Pandemie waren. Glaubt man den Linken, so leiden Frauen auch im Jahr 2023 noch unter Diskriminierung und patriarchalen Strukturen. Schliesslich behaupten zahlreiche «wissenschaftliche Studien», dass Frauen für denselben Job deutlich weniger verdienen als Männer. Nun sind wir uns sicher einig, dass eine auf wissenschaftlichen Fakten basierende Politik tatsächlich die Idealvorstellung ist. Das Problem bei SP und Grünen ist allerdings, dass sie sich immer nur dann auf die Wissenschaft berufen, wenn es in ihr Weltbild passt. Beispiele gefällig? Kürzlich erschien eine vielbeachtete Studie der Uni Zürich, die ergab, dass sich eine grosse Mehrheit der befragten Studentinnen freiwillig ein traditionelles Familienmodell wünscht und keine klassische Karriere anstrebt. Linksgrüne Feministinnen schäumten vor Wut und stellten umgehend die Wissenschaftlichkeit der Studie infrage – die meisten, ohne auch nur einen Blick hineingeworfen zu haben. Ganz nach dem Motto: Was nicht sein darf, kann nicht sein. Ähnliches Verhalten beim Thema Mindestlöhne: Hier ist noch jede seriöse Studie zum Schluss gekommen, dass diese langfristig zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Dennoch kämpfen Gewerkschaften und linke Parteien seit Jahren für die Einführung von Mindestlöhnen, denn für sie geht Ideologie stets über Vernunft. Und selbst banale biologische Tatsachen werden von Linken und Guten ignoriert, wenn es ihren Zielen hilft: Seit Jahrtausenden weiss jedes Kind, dass nur Frauen Kinder gebären können und nur Männer einen Penis haben. Genderaktivisten sehen dies freilich anders: Für sie ist das «soziale Geschlecht» frei wählbar, gerade so, wie es einem passt. Ein Paradebeispiel für antiwissenschaftlichen Nonsens. Die Wissenschaft ist das Fundament unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft. Ohne Forschung würden wir noch immer an harmlosen Krankheiten sterben, mit Postkutschen reisen und per Brieftaube miteinander kommunizieren. Politiker, Beamte und sonstige Entscheidungsträger tun also gut daran, sich stets von wissenschaftlichen Erkenntnissen leiten zu lassen. Nicht wie die Linken. Die behandeln Wissenschaft wie ein Selbstbedienungsbuffet: Was ihnen nicht passt, lassen sie einfach liegen.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Trauerspiel der Demokratie im Zürcher Gemeinderat – Sitzungsabbruch!

Wie jeden Mittwoch tagt der Gemeinderat in Zürich, behandelt Geschäfte der Stadtverwaltung und diskutiert über Vorstösse aus den eigenen Reihen.



Reto Brüesch  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Nicht so an diesem Mittwoch, die linken Parteien der SP, der Grünen und der Alternativen Liste stellten zu Beginn der Gemeinderatssitzung einen Ordnungsantrag: Man sollte die Gemeinderatssitzung abbrechen, da heute Frauentreiktag sei und sie deshalb keine Geschäfte für die Stadt Zürich erledigen wollten. Die Gemeinderatsmitglieder wurden aber von der Bevölkerung gewählt, um dies zu tun. Vor zwei Wochen wurde das Thema schon in der Geschäftsleitung des Gemeinderats mit allen Parteivertretern besprochen und es wurde beschlossen, die Ratssitzung am 14. Juni durchzuführen.

### Linke Dialogverweigerung

Für das Trauerspiel der linken Parteien hatten die restlichen Parteien SVP, FDP, GLP, EVP und Die Mitte kein Verständnis. Sie beantragten die Ablehnung des Ordnungsantrags. Dem Antrag von Martina Zürcher, eine offene Diskussion über den Ordnungsantrag zuzulassen, verweigerten die Linken die Zustimmung. Man möge verstehen, dass genau jene Parteien, die sich auf ihre Fahne schreiben, für die Rechte aller einzustehen, den Dialog verweigern.

Leider obsiegte die linke Mehrheit im Rat mit 62 Ja zu 55 ablehnenden Stimmen bei 6 Enthaltungen bei der GLP.

Die Gemeinderatssitzung vom 14. Juni 2023 wurde nach nicht einmal einer

halben Stunde geschlossen. Obschon kein traktandiertes Geschäft behandelt wurde, erhielt jedes Gemeinderatsmitglied Fr. 130.00 Sitzungsgeld für dieses Trauerspiel der Linken. Die SVP-Fraktion beantragte sogar die Streichung des Sitzungsgeldes, was aus formellen Gründen leider nicht ging.

Es zeigt einmal mehr auf, wie die Machtverhältnisse in der jetzigen Zusammensetzung des Gemeinderats sind und wofür dies missbraucht wird. Ist dies im Sinne der breiten Bevölkerungsschichten der Stadt Zürich? Ich bezweifle dies sehr. Jede Wählerin und jeder Wähler hat es in der Hand, in Zukunft seine Meinung zu ändern. Wir versuchen unser Bestes, im Sinne der Bevölkerung Lösungen zu präsentieren. Die nächsten Wahlen (National- und Ständerat) im Herbst stehen vor der Tür. Jede Stimme zählt für eine bessere Schweiz, in der wir uns wohl fühlen.

### Zürcher Luxus-Verwaltungsbauten

Ein aktuelles Thema auch in Bezug auf die städtischen Abstimmungen vom Wochenende sind die teuren neuen Verwaltungsbauten in Zürich. Wir stimmen über das neue Schulhaus Saatlén für 231 Millionen ab, welches die SVP ablehnt. Das NEIN ist nicht gegen die Schulbildung gerichtet, sondern gegen die exorbitanten Luxus-Bauwerke. Bildungsgebäude sollten Bauten für die Bildung sein, sodass die Kinder optimale Bedingungen zum Lernen und die Lehrpersonen zum Unterrichten haben. Wenn bei einem Schulhausneubau 50 Architektenteams am Wettbewerb mitmachen, viel Zeit investieren und beurteilt werden von einem Gremium, welches wiederum mehrheitlich aus Architekten besteht, so liegt der Fokus

sicher mehr auf der Architektur und nicht auf den Nutzern. Man will schliesslich für den Bau eine Architekturauszeichnung ergattern.

Ein Baufiasko sondergleichen ist der Neubau der Wache Nord in Oerlikon, in welcher künftig Sanität, Berufs- und Milizfeuerwehr unter einem Dach vereint sind und somit Zürich Nord sicherer machen sollen. Im Jahr 2015 war ein Bau für ca. 48 Millionen geplant. Nachdem alle Wünsche aufgenommen waren und die verschiedenen Architektenteams ihre Vorschläge präsentiert hatten, war das Budget bei 85 Mio. Dazu kamen Kosten für Altlastensanierung und Reserven von ca. 15 Mio. Das Projekt wurde im Gemeinderat und dessen Kommissionen intensiv überprüft

und hinterfragt. Schlussendlich wurde es für 107 Millionen bewilligt und auch im Sommer 2021 vom Volk an der Urne bestätigt. Denn Sicherheit für die Bevölkerung ist wichtig. Der Baubeginn erfolgte dann im Jahr 2022. Im Mai 2023 wurde dann informiert, dass die Baustelle für den Neubau seit Januar stillsteht und man Probleme mit dem Grundwasser hat.

Die Baustelle sieht zurzeit aus wie ein Schwimmbad und lädt Enten zum Verweilen ein. Für die notwendigen Massnahmen zur Trockenlegung und Sicherung der Baugrube hat der Stadtrat zusätzliche Ausgaben von 22 Mio. bewilligt und der voraussichtliche Bezug verzögert sich um weitere zwei Jahre bis zum Jahr 2027. Über fünf Jahre Planungszeit und nun so etwas! Da fragt man sich schon, wer dafür verantwortlich ist. Wir bleiben dran.



Die linksgrüne Mehrheit zwang dem Gemeinderat am Mittwoch eine Pause auf

Bild: ZVG

## AUS DEM GEMEINDEPARLAMENT USTER

## Geänderte Tarife für schulergänzende Betreuung bringen falsche Anreize und erneute Belastung des Steuerzahlers

Die fehlende Vertretung der SVP in der Primarschulpflege in der neuen Legislaturperiode 2022–2026 und die damit fehlende Sensibilisierung für finanzielle Angelegenheiten machen sich nun mit teuren Vorstössen der linksgrünen Mehrheit bemerkbar. Aktuelles sozialistisches Projekt der Primarschulpflege ist die Anpassung der Tarife für die schulergänzende Betreuung. Die SVP wehrte sich im Gemeinderat dagegen, weil diese einmal mehr den Steuerzahler belasten und falsche Anreize schaffen.



Daniel Schnyder  
Gemeinderat SVP  
Uster

Die Kernkritik der SVP-Fraktion liegt in den zu hohen Kosten, die zu einer ungerechten Umverteilung führen. Bereits heute zahlt der Steuerzahler jährlich 6 Mio. Franken oder 7 Steuerprozent für die schulergänzende Betreuung, unabhängig davon, ob er selbst davon profitiert oder nicht. Insbesondere einkommensstarke Familien sind von dieser Regelung überproportional betroffen. Doch als ob das nicht genug wäre, soll der Steuerzahler jetzt nochmals fast 1 Steuerprozent mehr bezahlen.

### Zusätzliche Belastung für Steuerzahler

Mit dem neuen Tarif sollen vor allem einkommensschwache Eltern noch weniger (fast gar nichts mehr) für die schulergänzende Betreuung bezahlen. Die Leidtragenden sind Steuerzahler, die diesen Betrag stattdessen tragen müssen. Die Stadt Uster gibt dadurch nun jährlich mindestens 6,6 Mio. Franken – 0,6 Mio. Franken mehr als bisher – für einen Service aus, der keinen direkten Bezug zur Bildung hat und durch den kein Kind gebildet wird. Diese Ausgaben stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen für die Schüle-



Die Belastung mit Steuern und Gebühren wird für den Mittelstand immer unerträglicher.

Bild: Bing Ai

rinnen und Schüler. Insbesondere bedenklich sind die falschen Anreize, die durch die neuen Tarife geschaffen werden. Gerade bei geringem oder durchschnittlichem Einkommen sind die Gebühren derart günstig, dass sich Bemühungen für ein höheres Einkommen nicht auszahlen. Dies widerspricht

dem Ziel, dass beide Elternteile die Möglichkeit zur Berufstätigkeit haben sollten. Stattdessen besteht ein verführerischer Anreiz, das Kind in die kostengünstige Betreuung der Schule zu geben und persönlichen Bedürfnissen nachzugehen, ohne selbst berufstätig zu sein.

### Kosten schwer kalkulierbar

Ein weiteres Problem liegt in der mangelnden Kalkulierbarkeit der Kosten. Die vorliegende Weisung erinnert eher an einen Verkaufsprospekt für die Halbpension einer exklusiven Ferienanlage. Aufgrund der äusserst günstigen Preise werden noch mehr Familien mit niedrigerem oder mittlerem Einkommen das Angebot nutzen, während einkommensstarke Familien nach kostengünstigeren, privaten Alternativen suchen. In diesem Szenario würden die Kosten für die Betreuung explodieren und selbst die anvisierten 6,6 Mio. Franken wären nicht mehr ausreichend.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die geänderten Tarife in der Primarschulpflege nicht nur zu hoch sind und falsche Anreize schaffen, sondern auch das Risiko einer ungleichen Kostenverteilung und explodierender Ausgaben für den Steuerzahler bergen. Aus diesen Gründen hat die SVP-Fraktion die vorgeschlagene Weisung entschieden abgelehnt.

### Stimmvolk hat das letzte Wort

Im Gemeinderat wurde diese Weisung durch die linksgrüne Mehrheit angenommen.

Nun liegt die Entscheidung beim Stimmvolk. Die SVP wird sich dafür einsetzen, die Bürgerinnen und Bürger über die möglichen Auswirkungen dieser Tarife zu informieren. Die finanzielle Belastung für den Steuerzahler soll dabei kontrollierbar bleiben und es dürfen keine falschen Anreize geschaffen werden. Es geht um die Interessen der Steuerzahler und um eine Bildungspolitik, die die Bildung und das Vermitteln von Wissen in den Vordergrund stellt.

**STROMFRESSER-GESETZ**

## Auch Alternativenergien sind endlich

In den laufenden Diskussionen über die Abstimmung des Klima- und Innovationsgesetzes wird das Jahr 2050 angepeilt. Doch bereits bei kleinen anstehenden Themen zeigt sich, dass sich diese kaum einfach lösen lassen.

rm. In den laufenden Diskussionen rund um die anstehende Abstimmung wird vom völligen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern bis 2050 geschwärmt. Doch betrachtet man die Energieversorgung aus der Nähe, zeigt sich, dass sich bereits heute viele Herausforderungen kaum lösen lassen. Man führt dabei immer wieder alternative Energieträger an, welche bereits oder auch bald endlich sind. So wurde im vergangenen Spätsommer infolge der sich abzeichnenden Energiekrise bezüglich Gas publik, dass die Stadt Winterthur als Besitzerin und Betreiberin der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) sowie des grossen Wärmeverbundes auf beachtliche Gasmengen angewiesen ist, um im Winter in der KVA genügend Wärme für den Wärmeverbund zu produzieren. Gleichzeitig treibt die Stadt den Ausbau des Fernwärmenetzes weiter voran und ist somit im Winter noch auf zusätzliche Energie angewiesen. Kommt es zu einem Ausfall der KVA, so muss ebenfalls eine Alternative zur Verfügung stehen, um die notwendige Wärme zu produzieren, welche bis anhin mit Heizkesseln mit Öl- oder Gasbetrieb gewährleistet und sichergestellt wird.

### Warnungen aus der Wirtschaft

Jüngst an der Generalversammlung des grössten Deutschschweizer Holzenergiehändlers ZürichHolz AG schlug VR-Präsident Viktor Haefeli Alarm, indem er von Vorstellungen bezüglich der Holzenergie warnte und daran erinnerte, dass auch die Holzvorräte endlich sind. «Bereits heute wird in einem Umkreis von 60 km Energieholz von 100 km verbrannt», so Haefeli. Denn maximal ein Drittel der genutzten Holzmenge darf grundsätzlich aus der Kaskadennutzung in der Holzwirtschaft direkt in die Energie fließen. «Zuerst

muss das andere Holz verbaut und verarbeitet werden und soll erst bei der Entsorgung als Altholz der Energienutzung zugeführt werden», sagte Haefeli.

Zugleich hat auch die Schweizer Zementindustrie Alarm geschlagen. Auch sie will und muss aus ökologischen Gründen der Kohle als Energieträger den Rücken kehren und will dies mit Abfall kompensieren. Die öffentlich-rechtlichen KVA hätten das Monopol auf Siedlungsabfälle und seien nicht bereit, Material abzugeben. Deshalb müsse die Zementindustrie heute im grossen Stil Plastikabfälle importieren, wird Stefan Vannoni, Direktor der Cernsuisse, zitiert. Viele Hoffnungen basieren auf der Biogasproduktion.

Doch auch der hier sind Grenzen gesetzt, weil man Food Waste bekämpfen will und ein Ausbau von landwirtschaftlich geprägten Biogasanlagen zu einem immer grösser werden Gülletourismus führt.

### Mehr Strom oder weniger Kehricht?

Einerseits ist die Politik und Gesellschaft bestrebt, den Abfallberg zu bekämpfen. Andererseits setzen die Städte Winterthur oder Zürich immer mehr auf die Energie aus den KVA. Zugleich beanspruchen andere Industriezweige den Abfall als Energieträger, damit sie weiter produzieren und somit bestehen können. Doch mit der Einführung der Separatsammlung von Plastik, welcher nun nicht mehr verbrannt wird, wird dieser als Energieträger der KVA entzogen. Entsprechend muss dieser irgendwie in der KVA kompensiert werden. Doch mit dem Ausstieg aus den fossilen Energieträgern Gas und Öl bleiben kaum Alternativen. Nun will auch die Zementindustrie Abfall und Altholz verbrennen, welche bereits von ande-



Mit der Separatsammlung von Kunststoff wird nicht nur der Abfallberg verkleinert, sondern auch die Strom- und Fernwärmeproduktion. Bild: ZVG

ren Unternehmen zur Energiegewinnung eingesetzt werden.

### Sinkendes Rohstoffangebot

Die Nutztierzahlen werden auch immer geringer, sodass die gewünschten Biogasmengen für den Grossverbrauch sich gar nicht produzieren lassen. Auch beim Holz zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Wohl könnte im Privatwald und in den Berggebieten noch mehr genutzt werden. Doch dies ist nur mit deutlich höheren Preisen zu bewirken, was die Energiekosten hochtreiben wird. Doch auch hier wollen die Gesellschaft und Teile der Politik eine Kehrtwende, indem man mit Blick auf die Biodiversität mehr Waldreservate und mehr Totholz in den Wäldern will. All diese Beispiele zeigen, dass man wohl ein grosses Ziel vor Augen hat, aber für den ersten kleinen Schritt bereits Sprossen in der Leiter fehlen.

**LESERBRIEF**

## Irrweg der Klimapolitik

Es wird höchste Zeit, die propagierte Klimapolitik nüchtern zu hinterfragen. Die Bevölkerung wird über eine imaginäre Klimakatastrophe in ständiger Angst gehalten. Es ist beschämend, dass die meisten Parteien eingeknickt sind und sich scheuen, die komplexe Thematik seriös anzugehen sowie laufend eintreffende Erkenntnisse zu berücksichtigen. Der Begriff «Klimaneutralität» verdient dabei den Titel des Unwortes des Jahres, indem man vorgaukelt, dass allein die Reduktion von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre innert einiger Jahre das globale Klima verändern wird.

Die Computer-Simulation des 1988 von der UNO gegründeten IPCC suggeriert, dass allein das von Menschen erzeugte CO<sub>2</sub> die beobachtete Temperaturerhöhung von ca. 1,5 Grad seit 1880 bewirkt habe. Sie weist grundlegende Fehler auf. Die von der Politik beabsichtigten Massnahmen werden nicht zu einer Steuerung des Klimas führen, da unzählige Effekte der Natur unberücksichtigt blieben, wie Sonnenaktivitäten, Erdachsenverschiebungen, Wolkenbildung, Verlagerungen von Jetstream und Meeresströmungen, etc. Auffällig ist die Weigerung des IPCC, die Quellcodes der Simulation zu veröffentlichen, was kein

Vertrauen in deren Ansatz liefert. Aus Umweltschutzgründen ist die Dekarbonisierung, d. h. der Abbau und Ersatz der fossilen Brenn- und Treibstoffe, in einem wirtschaftlich verantwortbaren Zeitraum aus Umweltschutzgründen und zur Schonung wichtiger Ressourcen sinnvoll. Ein erfolgreiches Vorgehen erfordert jedoch ausreichende Stromversorgung, Kontrolle der Bevölkerungszunahme etc.

Das Verschleudern von Volksvermögen in Milliardenhöhe für eine klimapolitische Fantasie ist nicht durchdacht und schwächt die Wirtschaft unseres Landes massiv. Insbesondere die Subventionsexzesse in die «neuen Erneuerbaren» und CO<sub>2</sub>-Kompensationszahlungen an zumeist korrupte Staaten werden am Klima nichts ändern, aber die Steuerzahler empfindlich treffen.

Ein NEIN am 18. Juni wird es erlauben, die gescheiterte Energiepolitik 2050 definitiv zu begraben. Statt sehr viel Geld zum Fenster hinauszuerwerfen, sollen die Klimaforschung, eine sinnvolle Umweltpolitik sowie Versorgungssicherheit mit Strom gefördert werden.

Stephan Amacker, Neftenbach

**MEDIENMITTEILUNG DER SVP BEZIRK BÜLACH UND ALLER IM KANTONS RAT VERTRETENEN PARTEIEN**

## Parteien für Marco Hottinger

Dass Parteien bei Richterwahlen zusammenwirken, nützt der ganzen Bevölkerung. Es geht um Qualität.

Am 18. Juni finden Wahlen ans Bezirksgericht Bülach statt. Wie immer bei Richterwahlen wird eine Kandidatur von allen Parteien gemeinsam unterstützt: Marco Hottinger.

Richterinnen und Richter werden vom Volk gewählt. Um wählbar zu sein, genügt es formell, Recht studiert zu haben (Master), Schweizerin oder Schweizer zu sein und im Kanton Zürich zu wohnen. Doch aus dem Berufsalltag wissen wir alle: Die richtige Ausbildung allein reicht nicht. Erst durch eine Bewerbung zeigt sich, ob menschliche Qualitäten, beispielsweise Praxisbezug, Auftritt, Haltung, kommunikative Gewandtheit, Empathie und Präzision vorhanden sind. Sehen Sie dies anhand von Wahlplakaten? Für Richterinnen und Richter sind solche Eigenschaften besonders wichtig, oft werden Vergleiche erarbeitet, der Umgang mit Menschen, mit Klägern und Angeklagten, die in schwierigen Situationen sind, braucht Fingerspitzen-

gefühl. Parteien sind Vereine, welche die Bewerbungen von Kandidierenden eingehend prüfen, nominieren und Wahlkämpfe führen. Weil es am Gericht nicht auf die politische Ausrichtung ankommt, arbeiten die Parteien in diesem Fall zusammen. Eine Partei kann das Bewerbungsverfahren durchführen, die anderen Parteien prüfen die Kandidatur, weisen sie zurück oder unterstützen sie. Amtierende Richterinnen und Richter, welche das Bezirksgericht von innen kennen, sind in den Findungskommissionen vertreten. Was wäre, nähmen die Parteien diese Aufgabe nicht wahr? Es wäre Zufall, ob es fähige Kandidatinnen und Kandidaten gibt oder sich diese durchsetzen; es würde oft an guten Kandidaturen mangeln, da es niemanden gäbe, der aktiv nach geeigneten Personen sucht. Gäbe es andererseits zu viel Kandidaturen, entstünde sinnloses Gegeneinander. Das nützt niemandem und ist dem Amt am Gericht

nicht würdig. Oberstes Ziel ist ein in der Gesamtbevölkerung breit abgestütztes und gut funktionierendes Bezirksgericht.

Für die Wahlen vom 18. Juni unterstützt die Interparteiliche Konferenz Bezirk Bülach (IPK) Marco Hottinger, einer ausgewiesenen Kandidaten, der bereits als Ersatzrichter am Bezirksgericht arbeitet und Vorsitzender der Schlichtungsbehörde ist. Er hat sich gegen andere Kandidaturen durchgesetzt. Im Wahlkampf steht ihm eine Kandidatin gegenüber, die mit zwei verschiedenen Parteien für das Amt kandidieren wollte und sogar je für einige Tage Mitglied wurde. Jedoch war sie für das Bewerbungsverfahren zu spät.

Interparteiliche Konferenz Bezirk Bülach

Der offizielle Kandidat Marco Hottinger ist Mitglied der SVP und wurde von der SVP Bezirk Bülach nominiert.

**Zürichsee-Fischessen mit Nationalrat Alfred Heer**

Alfred Heer bedient Sie persönlich am:

**Freitag, 30. Juni & Samstag, 1. Juli 2023**  
**von 18.00 bis 21.00 Uhr**

Seestrasse 2, Zollikon (5 Min. Fussweg von der Haltestelle Tiefenbrunnen, im überdachten Fischerhüsliareal am See)

Mit knusprig gebackenen Fischfilets, diversen Köstlichkeiten, Musik und Festbetrieb.  
 Gastgeber: Seesportfischerverein Zürich & Zollikon

**Familien Tag**

**Samstag, 24. Juni 2023**  
**ab 13:00 – 20:00 Uhr**

**Öffentliche Veranstaltung mit Speis und Trank**

Hof Breitenstein  
 Katzenrütistrasse 110  
 8153 Rümlang

**www.svp-ruemlang.ch**

**LESERBRIEF**

## Keine Stromlücken in unserem Land

Am kommenden Wochenende stimmen wir über das Klimagesetz ab. Wohlwissend, dass unser kleines Land das Klima nicht einmal im Promillebereich beeinflussen kann. Das Gesetz sieht vor, in wenigen Jahren sämtliche Autos und Heizungsanlagen auf Strom umzustellen. Im vergangenen Winter sind wir glücklicherweise von einer Stromabschaltung noch verschont geblieben. Sollten inskünftig unsere Kernkraftwerke abgeschaltet werden, verfügt unser

Land eindeutig über zu wenig Reserven an Bandbreitenstrom. Wind- und Sonnenstrom sind ausserstande, die Wirtschaft und Haushalte zuverlässig mit Elektrizität zu versorgen. Zudem sind wir mit den Solaranlagen von China abhängig. Das benötigte Silicium und die seltenen Erden werden dort alles andere als klimafreundlich abgebaut. Davor verschliessen die Klimaideologen ihre Augen. Es ist unbestritten, dass ein Mangel an Strom zu höheren Preisen

führt. Diese Kosten sowie das steigende Risiko für Blackouts tragen sämtliche Strombezüger selbst. Deshalb ein deutliches NEIN zu frappanten Mehrkosten und zum rigorosen Verbot von Heizöl, Gas, Benzin und Diesel. Inskünftig möchte ich keine Stromlücken in unserem Land, deshalb lehne ich das vorliegende, totalitäre Gesetz ab.

Kurt Streil-Marti, Diessenhofen

**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Matter sowie den Kantonsräten Nina Fehr Düsel und Domenik Ledergerber. Anmeldung durch Bezahlung von Fr. 60.–/Person (Apéro und trockenes Gedeck) auf IBAN CH25 0900 0000 8005 21490.

**Bezirk Pfäffikon/Russikon**  
Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp-russikon.ch](http://www.svp-russikon.ch).

**Bezirk Uster/Mönchaltorf**  
Freitag, 15. September 2023, 19.30 Uhr, Grillabend, Rotblattstübli, Esslingen.

**Bezirk Uster/Uster**  
Samstag, 17. Juni 2023, 10.00 – 16.00 Uhr, Vereinstag, Stadtzentrum Uster.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Sonntag, 18. Juni 2023, 15.30–18.30 Uhr, Paintball-Event, Paintball 24 Arena, Witöfelistrasse, Schänis SG, Kosten: 89 Franken. Anmeldung an [helfenberger@jsvp-zh.ch](mailto:helfenberger@jsvp-zh.ch).

**Stadt Zürich**  
Samstag, 17. Juni 2023, 10.00–13.00 Uhr, Generalversammlung, FIFA Museum AG, Seestrasse 27, beim Bahnhof Zürich-Eng, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Dienstag, 27. Juni 2023, 19.00 Uhr, Mitgliederversammlung, Wild West Steakhouse, Irchelpark, Winterthurerstrasse 175, Zürich, mit Referat von Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Anschliessend Apéro.

**Stadt Zürich/Kreis 7 und 8**  
Freitag, 30. Juni 2023, bis Samstag, 1. Juli 2023, SVP-Stand am Seefeld-Fest, beim GZ Riesbach, Seefeldstrasse 93, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Samstag, 1. Juli 2023, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.  
Samstag, 15. Juli 2023, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 25. August 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit alt Nationalrat Christoph Mörgeli. Thema: Es braucht mehr SVP in Bern!

Sonntag, 17. September 2023, 10.00–14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**  
Samstag, 24. Juni 2023, 12.45 Uhr, Generalversammlung PIKOM, Gasthof zum Schüt-

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
**Der Zürcher Bote** ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** [www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx](http://www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx). **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** [www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote](http://www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote). **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertionenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

zen, Schachenallee 39, Aarau, mit Referat von Nationalrat Benjamin Giezendanner. Anschliessend Apéro.

Mittwoch, 5. Juli 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung Bund der Steuerzahler (BDS), MZH Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, Zürich, mit Referat von Nationalrat Alfred Heer. Anschliessend Apéro.

Samstag, 26. August 2023, 10.30–14.30 Uhr, Wahlaufakt der SVP Schweiz, Swiss

Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich-Altstetten.

Freitag, 22. September 2023, bis Sonntag, 24. September 2023, SVP-Schiessen 2023, Vorschüssen am Freitag, 15. September 2023, Schiessanlage Oberhof, Tösstalstrasse 448, Fischenthal. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23](http://www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23).

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00–22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-uster.ch](http://www.svp-uster.ch).

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch).

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Dienstag, 31. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Referat zur Neutralitätsinitiative, Gemeindegemeinschaft Bonstetten, mit alt Bundesrat Christoph Blocher.

**Bezirk Bülach/Eglisau**  
Dienstag, 20. Juni 2023, 20.00 Uhr, Referate, Pfarreizentrum, Salomon-Landolt-Weg 1, Eglisau, mit Nationalrat Thomas Matter und Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Anschliessend Apéro.

**Bezirk Dielsdorf/Niederglatt**  
Freitag, 16. Juni 2023, bis Sonntag, 18. Juni 2023, SVP-Stand am Dorffest, Dorfplatz, Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.

**Bezirk Horgen**  
Donnerstag, 6. Juli 2023, 19.00 Uhr, Bezirkshöck, Restaurant Etlzliberg, Etlzlibergstrasse 14, Thalwil.

**Bezirk Meilen**  
Donnerstag, 22. Juni 2023, 18.00 Uhr, Grillabend mit Peter Pfändler, Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz, Nationalrat Thomas

**Ständeratskandidat Gregor Rutz im Einsatz**

**Freitag, 16. Juni** 19:00–21:00 **Dorffest Niederglatt** (SVP-Stand) Dorfzentrum, 8172 Niederglatt

**Montag, 19. Juni** 19:00 **Aktuelles aus Bundesbern** Sessionsrapport mit Gregor Rutz, Hans-Ulrich Bigler (Direktor SGV) und Roman Ribli (Präsident Gewerbeverein Zollikon) Kantine im Eggä, G. Maurer-Str. 10, 8702 Zollikon

**Mittwoch, 21. Juni** 19:00 **Haben wir die Zuwanderung noch unter Kontrolle?** mit Gregor Rutz, Nationalrat Manuel Strupler und Kantonsrat Pascal Schmid Gemeindegemeinschaft, Gemeindeplatz 1, 8355 Aadorf TG

**Donnerstag, 22. Juni** ab 18:00 **Grillabend der SVP Bezirk Meilen** mit Gregor Rutz, Nationalrat Thomas Matter und den Kantonsräten Nina Fehr Düsel und Domenik Ledergerber Schlattgut, Schlattstr. 67, 8704 Herrliberg

**Freitag, 30. Juni** 19:00–21:00 **Seefeld-Fest (SVP-Stand)** beim GZ Riesbach, Seefeldstr. 93, 8008 Zürich

**Sonntag, 2. Juli** 10:00 **Puurezmorge in Dübendorf** mit Gregor Rutz und Kantonsrat Patrick Walder Bauernhof Buenstr. 11, 8600 Dübendorf

**Apéro mit 3 Nationalräten**

**Alfred Heer** Nationalrat, ZH Mitglied Europarat

**Therese Schläpfer** Nationalrätin, ZH a. Gemeindepräsidentin

**Thomas Matter** Nationalrat, ZH Unternehmer

Informationen direkt aus Bern bei einem Apéro am 21. Juni 2023 ab 18:30 Ort: Rest. Rössli Seen; Rössligasse 7; 8405 Winterthur

Ein Anlass der SVP

**Schweizerzeit VERANSTALTUNG**

**EINLADUNG Frühjahrstagung 2023**

**WANN:** Mittwoch, 21. Juni 2023 19.30 Uhr

**PROGRAMM:** 19.30 Uhr Begrüssung, Ulrich Schliuer  
19.40 Uhr Referat NR Mauro Tuena  
20.15 Uhr Fragen / Diskussion  
20.30 Uhr Apéro riche

**WO:** Hotel Glockenhof Sihlstrasse 31, 8001 Zürich

**Eintritt frei**

**Sicherheit Schweiz: Waffenlieferungen in Kriegsregionen?**

**Mauro Tuena** Nationalrat Präsident Sicherheitspolitische Kommission NR

Bitte melden Sie sich mit untenstehendem Talon an.

**ANMELDETALON** Schweizerzeit-Frühjahrstagung 2023

Ja, ich nehme an der Frühjahrstagung teil (bitte in Blockschrift ausfüllen)

Vorname \_\_\_\_\_ Name \_\_\_\_\_  
Strasse/Nr. \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Tel. \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_  
Anzahl Pers. \_\_\_\_\_

Anmeldung bis spätestens Donnerstag, 15. Juni 2023. Die Anmeldung wird nicht bestätigt.  
Online: [liebi@schweizerzeit.ch](mailto:liebi@schweizerzeit.ch), per Post: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach.  
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, E-Mail: [info@schweizerzeit.ch](mailto:info@schweizerzeit.ch)

**SRG**

**200 Fr. sind genug!**

**Darum braucht es die SRG-Initiative:**

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!
- Arbeitgeber und Gewerbetreibende zahlen doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!

**Jetzt Volksinitiative unterschreiben**

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!

[srg-initiative.ch](http://srg-initiative.ch)

Telefon: 052 301 31 00 | [www.srg-initiative.ch](http://www.srg-initiative.ch) | [info@srg-initiative.ch](mailto:info@srg-initiative.ch)